

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

**Ettlinger Zeitung. 1949-1973
1952**

302 (27.12.1952)

ETTLINGER ZEITUNG

Erscheinungsweg: Täglich, mittags außer sonntags. — Durch die Post 2.50 DM, auswärts 3.40 DM, Zustellgeld — Einzelnummern 15 Pf., samstags 20 Pf. — Frei Haus 2.50, im Verlag abgeholt 2.50 DM

Badischer Landesmann
gegründet 1896



Süddeutsche Heimatzeitung
für den Albgau

Anzeigenpreis: Die 6-gespaltene Millimeterzeile 20 Pf. — (Preisliste Nr. 4.) (Tel. aufgegeb. Inserate ohne Gewähr.) Abbestellungen können nur bis 25. auf den Monatsersten angenommen werden

1. 58. Jahrgang

Samstag, den 27. Dezember 1952

Nr. 303

Schuman hat Adenauer geantwortet

Bonn (E. B.) Der französische Außenminister Robert Schuman hat Bundeskanzler Adenauer auf dessen letzte Vorschläge zur Wiederaufnahme der Verhandlungen über die Saar geantwortet. Das Schreiben Schumans wurde, wie erst jetzt bekannt wurde, von dem französischen Hochkommissar Francois-Poncet schon am Dienstag in Bonn übermittelt. Über den Inhalt der Antwort wurde bisher nichts bekannt.

BDJ-Führer unter Mordverdacht

Frankfurt (UP). Der Landesgruppenleiter des Bundes Deutscher Jugend von Nordrhein-Westfalen, Alfred Heise, ist unter dem Verdacht, einen deutschen Wehrmachtstrotz im April 1945 erschossen zu haben, in Haft genommen. Heise hat gestanden, den Arzt in einem Waldstück in einem Ort im Oberhain hinterläßt erschossen und verscharrt zu haben, da dieser, wie Heise behauptet, antisemitische Äußerungen getan haben soll. Heise steht außerdem noch in dem Verdacht, einen polnischen Zwangsarbeiter wegen angeblicher Arbeitsverweigerung ermordet zu haben, doch liegt in diesem Falle bisher noch kein Geständnis von ihm vor. Im Jahre 1943 ist Heise, wie die bisherigen Ermittlungen ergaben, als Oberleutnant von der Wehrmacht zugunsten der Hitlerjugend „ak“ gestellt worden und war in Quedlinburg HJ-Führer und bis Kriegsende „Werwolf-Einsatzleiter“.

„Europäische Steuer“ ab 1. Januar

Luxemburg (UP). Die Höhe der Besteuerung der Montanunion in Luxemburg hat über die Höhe der ersten europäischen Steuer entschieden, die der Kohle- und Stahlindustrie in den sechs Schumanplanländern auferlegt werden soll. Die Entscheidung wird erst in den nächsten Tagen veröffentlicht. Wie in Luxemburg verlautete, soll die Umlage ab 1. Januar 1953 erhoben werden und in den ersten zwei Monaten nur 0,3 Prozent der Produktionswerte betragen, im nächsten zwei Monaten 0,5 Prozent, im Mai und Juni 0,7 Prozent, und ab 1. Juli ständig 0,9 Prozent. Aus dieser Umlage will die Höhe der Besteuerung jährlich etwa 200 bis 300 Millionen DM entnehmen. Mit diesen Mitteln sollen die Verwaltungsausgaben der Schumanplanorganisation gedeckt und Investitionen finanziert werden.

Stalin zu Treffen mit Eisenhower bereit

Ein aufsehenerregendes Interview - Krieg „nicht unvermeidlich“ - Neuer Korea-Plan Eisenhowers

New York (UP). Generalissimus Josef Stalin ist nicht abgeneigt, mit dem neuen US-Präsidenten Dwight D. Eisenhower zu einer Aussprache zusammenzutreffen. Diese Ansicht äußerte der sowjetische Staatschef in einem schriftlichen Interview, das von der „New York Times“ veröffentlicht wurde.

Folgende Antworten Stalins auf die vom Washingtoner Korrespondenten der „New York Times“ schriftlich gestellten Fragen wurden dem Blatt durch die sowjetische Botschaft in den USA übermittelt:

Frage: Sind Sie, an der Schwelle des neuen Jahres und unmittelbar vor dem Amtsantritt der neuen Regierung der USA, nach wie vor der Ansicht, daß die Sowjetunion und die USA in den kommenden Jahren friedlich nebeneinander leben können? Antwort: Ich bin nach wie vor der Überzeugung, daß ein Krieg zwischen den USA und der Sowjetunion nicht als unvermeidlich betrachtet werden kann und daß unsere beiden Länder auch fernerhin in Frieden werden leben können.

Frage: Wo liegen nach Ihrer Ansicht die Wurzeln der gegenwärtigen Spannungen in der Welt? Antwort: Überall und in jeder Maßnahme, wo auch immer die aggressiven Handlungen der Politik des „Kalten Krieges“ gegen die Sowjetunion ihren Ausdruck finden.

Frage: Würden Sie einen diplomatischen Meinungsaustausch mit Vertretern der neuen Eisenhower-Regierung willkommen heißen, der darauf abzielt, die Möglichkeit eines Zusammenstehens zwischen Ihnen und General Eisenhower im Interesse eines Abbaus der in der Welt herrschenden Spannungen herbeizuführen? Antwort: Ich bin einem solchen Vorschlag durchaus geneigt.

Frage: Würden Sie einer diplomatischen Aktion mit dem Ziel der Beendigung des Koreakrieges Ihre Mitarbeit schenken? Antwort: Ich bin zu einer Mitarbeit bereit, denn die Sowjetunion ist daran interessiert, dem Krieg in Korea ein Ende zu bereiten.

Unterschiedliche Reaktion

Die Reaktionen auf dieses Interview sind sehr unterschiedlich. General Eisenhower hat es bisher abgelehnt, sich zu diesem Interview auch nur irgendwie zu äußern. Er widerspricht dabei einem großen Ansturm von Reportern, die sich jedoch alle mit der Antwort begnügen mußten, daß er (Eisenhower) noch nichts dazu zu sagen bereit sei. Der künftige US-Außenminister John Foster Dulles erklärte nach Rücksprache mit Eisenhower, wenn Stalin konkrete Friedensvorschläge mache, würden sie mit Ernst und Sympathie entgegengenommen werden.

Die höchsten Güter: Friede und Freiheit

Appell des Bundeskanzlers zum Weihnachtsfest - 1953 wird die Entscheidung bringen

Bonn (E. B.) Bundeskanzler Adenauer appellierte in einer Botschaft zum Weihnachtsfest an das deutsche Volk und die Völker der Welt, den Frieden und die Freiheit zu wahren, die gerade jetzt tiefst gefährdet und bedroht seien.

In einer von allen Sendern der Bundesrepublik übertragenen Rundfunkansprache sagte der Bundeskanzler: „Wir dienen der Sache des Friedens, wenn wir uns alle, die guten Willens sind, zusammenschließen zum gemeinsamen Schutz“.

Der Bundeskanzler verwies auf die bedeutenden Entscheidungen, die dem deutschen Volk im kommenden Jahr bevorstehen und sagte: „Der Friede ist das höchste Gut, das Gott den Menschen geben konnte durch die Menschwerdung seines Sohnes. Wie wenig haben wir Menschen erkannt, welche ein kostbares Gut der Friede ist, wie Frieden und Ehre Gottes eng verbunden sind.“ „Liebt den Frieden, der passiv alles hinnimmt? Liebt das Volk den Frieden, das sich durch ein anderes unterwerfen läßt? Unser inneres Gefühl sagt uns: Friede ohne Freiheit ist kein Friede. Frieden und Freiheit, Freiheit des Einzelnen von Furcht und Zwang, Freiheit der Völker und der ganzen Menschheit von Ausbeutung von Sklaverei, von Gewalt und Todfrieden und Freiheit, das sind die Grundlagen jeder menschenwürdigen Existenz“.

„Hat uns die Geschichte der letzten Jahrzehnte nicht gezeigt, welche kostbares Gut der Friede ist? Sind wir nicht furchtbar gestraft worden von Gott für den Bruch des Friedens, den wir bezeugen haben?“ fragte der Kanzler. „Haben wir nicht fast alles dadurch verloren, was wir besaßen, Hab und Gut, Haus und Hof, Familie und Freiheit, Achtung und Ansehen? Haben wir nicht erfahren, daß alle Glieder eines Volkes untrennbar miteinander verbunden sind? Haben wir nicht erkannt, daß niemand sein Geschick von dem Geschick seines Volkes, seinen Frieden, seine Freiheit, sein Glück von dem Frieden und der Freiheit seines Volkes trennen kann und trennen darf?“

„Noch etwas haben wir erlebt und gesehen in diesen Jahren: das Böse. Wir müssen mit ihm ringen, um Gottes und um unserer selbst willen. In unseren Tagen ist Frieden und

Freiheit bedroht, zusetzt, gefährdet. Wie kleinlich, wie unwürdig, wie bar jeder inneren Größe erscheint gegenüber einer solchen furchtbaren Gefahr, erscheint bei einem solchen Ringen um Frieden und Freiheit Feigheit, parteipolitisches Gebilde. Wer ernsthaft will, muß sich bereit sein, zu handeln und Opfer zu bringen“.

Der Kanzler erinnerte daran, daß 20 Jahre seit jenem Weihnachtsfest 1932 vergangen sind, an dem das Berufsleben einer unheilvollen Zeit, des Sturms, schon zu spüren war. „Jetzt ist Weihnachten 1952 und wiederum steht die Welt, steht vor allem Deutschland vor einer Entscheidung. Soll es entschlossen und dem Guten vertrauensvoll eintreten in den Bund zum Schutze des Friedens, dessen Tore sich ihm geöffnet haben, oder soll es zögernd und zaudernd, voll ewiger Unzufriedenheit ohne innere Größe und Kraft in Unfähigkeit und Passivität verharren?“

„Das Jahr 1953 wird die Entscheidung bringen“, schloß Dr. Adenauer. „Wählen wir den Weg der zum Lichte, zum Frieden führt, oder wählen wir den Weg in das Dunkel einer friedlosen Zukunft? Denken wir an die Verheilung der Engel auf den Fluren von Bethlehem: Ehre sei Gott in der Höhe und Frieden den Menschen, die guten Willens sind“.

Die alliierten Hochkommissare wünschten dem Bundespräsidenten in einem Schreiben Gesundheit und Glück im neuen Jahr und dem deutschen Volk Wohlstand und Frieden. Sie nannten in diesem Zusammenhang die Unterzeichnung der deutsch-alliierten Verträge im Jahre 1952 ein Ereignis von außerordentlich großer Bedeutung für die Bundesrepublik. Es bestünde aller Grund, anzunehmen, daß die Verträge, durch das Schicksal der Bundesrepublik in deutsche Hände gelegt werden soll, im kommenden Jahr ratifiziert würden. Die Inkraftsetzung des Vertrages über die Errichtung des gemeinsamen Marktes für Kohle und Stahl bedeutete die drei Hochkommissare als einen weiteren entscheidenden Erfolg, der im vergangenen Jahr erungen worden sei. Ferner hoben sie den außerordentlichen wirtschaftlichen Aufstieg hervor, den die Bundesrepublik im Jahre 1952 genommen habe.

Bundespräsident Heuss erwiderte in einem Antworttelegramm die Wünsche der Hochkommissare im Namen des deutschen Volkes. Das deutsche Volk sei entschlossen, betonte Heuss, den Weg der wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Zusammenarbeit mit allen freien Völkern weiterzugehen, den internationalen Zusammenschluß mit seinen Nachbarn zu fördern und damit beizutragen zur Erfüllung seines ersehnten Wunsches: ein in Freiheit und Frieden wiedervereinigtes Deutschland in einem freien und einigen Europa.

Papst

wart vor den Gefahren der Technik
Weihnachtsbotschaft voll tiefer Sorge — Um die wahren Menschenwerte

Vatikanstadt (UP). Die diesjährige Weihnachtsbotschaft des Papstes, die am Heiligen Abend in 23 Sprachen über den Vatikan in alle Welt ausgestrahlt wurde, ist von tiefer Sorge erfüllt über die vielerorts herrschenden sozialen Mißverhältnisse, über die Vermassung und „Entpersönlichung“ der Menschheit, die Beherrschung der Existenz durch einen kalten Verwaltungsapparat, die Überschätzung technischer und wissenschaftlicher Hilfsmittel und die größtenteils vergeblichen Versuche, Friede und Solidarität zwischen Menschen und Völkern herzustellen und zu erhalten.

„Das Heil“, rief Papst Plus XII. in seiner Botschaft, „kann nicht einzig und allein von der Produktion und Organisation kommen. Man könnte sagen, die Menschheit von heute habe es verstanden, unter Ausnutzung ungeheurer Naturkräfte die wunderbare und entwickelte Maschine der modernen Welt zu schaffen. Sie zeige sich jedoch nunmehr außerstande, ihren Lauf zu meistern, wie wenn das Steuer ihrer Hand entglitten wäre, und sie deshalb Gefahr liefe, von jenen Kräften überfahren und zermalmt zu werden. Nur wenn sich das Werk der Technik darauf richtet und darauf beschränkt, die wahren Menschenwerte zu heben und zu stärken, vermag es zur Lösung der großen und umfassenden Weltprobleme beizutragen.“

Bei der so dringenden Aufgabe der Hilfe für die notleidende Welt, führt die Botschaft fort, solle die Menschheit ihren Blick auf das Tun Gottes richten, um von seinem unendlich weisen und wirksamen Handeln zu lernen, wie den Menschen zu helfen sei und wie sie von ihren Leiden erlöst werden können. Das soziale Leben könne nicht aufgebaut werden nach Art einer riesenhaften Industriemaschine. Es sei eine klare Weisheitsregel, daß Fortschritt nur dann wirklich echt ist, wenn er neue Errungenschaften den alten

(Fortsetzung auf der 2. Seite)

Blick in die Wirtschaft

Kommentare zum Tagesgeschehen

Zu den erfreulichsten Tatsachen, welche ein Blick in die westdeutsche Wirtschaft zum Jahresende feststellen vermag, gehört die, daß unsere Steinkohlenproduktion endlich nachhaltig gestiegen ist. Wir erinnern uns daran, daß es Jahre hindurch trotz aller Anstrengungen nicht gelingen wollte, die tägliche Fördermenge über 400 000 Tonnen hinaus zu steigern. Begründet wurde dieses Versagen mit den verschiedensten Argumenten.

Von Unternehmenseite wurde vor allem ins Feld geführt, die Schichtleistung des Bergarbeiters von heute bleibe noch immer weit hinter der von 1938 zurück, so daß es trotz der wesentlich höheren Zahl der im Bergbau Beschäftigten eben nicht gelingen könne, die Gesamtförderleistung über die oben genannte Tonnengrenze hinaus zu erhöhen. Zudem verhindere die noch immer unverhältnismäßig starke Fluktuation der Arbeitskräfte eine nachhaltig gute Förderleistung.

Von Gewerkschaftseite wurde dagegengehalten, die Mechanisierung und Technisierung des Kohlenabbaus, insbesondere vor Ort, sei infolge des Mangels an Investitionsmitteln der Zechen noch bei weitem nicht ausreichend. Für den starken Arbeitsplatzwechsel sei neben dem chronischen Wohnungsmangel vor allem der Umstand verantwortlich zu machen, daß die Kumpels bei gleicher achtstündiger Arbeitszeit und härteren Arbeitsbedingungen noch immer weniger Geld nach Hause brächten als die besonders begehrten Metallarbeiterberufe, in welche die jüngeren unverheirateten Bergleute deshalb gerne abwanderten.

Daß alle diese Begründungen im Grunde nicht stichhaltig waren, zeigt die oben festgestellte Tatsache, daß seit dem Herbst die Förderleistung ständig ansteigt und jetzt die arbeitstägliche Spitze von ca. 440 000 Tonnen hält. Warum dies so ist, vermag im Grunde kein Mensch zu sagen. Indessen wollen wir uns alle sehr darüber freuen! Denn irgendwie nehmen wir alle an dieser erfreulichen Leistungssteigerung teil. So ist die Kohlenversorgung, sei es für Industrie, Verkehr, Elektrizität, Gas oder Hausbrand, eine sehr viel günstiger geworden. Die uns unterlegten Pflichtausführer an Kohle verfügen daher leichter und die Einfuhr an teurer Auslandskohle kann eingeschränkt werden, was unserer Dollarbilanz sehr zum Vorteil gereicht.

Es ist heute sogar bereits so, daß wir polnische, tschechische und sogar englische Kohle zum Kauf angeboten bekommen, und daß diese auf unseren eigenen Ausfuhrmärkten in scharfem Wettbewerb mit uns tritt. Hinsichtlich der Kohlenversorgung ergeben sich also für das kommende Jahr durchaus erfreuliche Ausblicke.

Die Württembergische Milchverwertung AG, Stuttgart, die größte milchwirtschaftliche Absatzzentrale im Bundesgebiet, hat auf ihrer vor kurzem in Stuttgart stattgefundenen Generalversammlung feststellen können, daß der in den letzten Jahren vorsorglich durchgeführte Ausbau ihrer Verwertungs-, Absatz- und Lagereinrichtungen nunmehr zu einem gewissen Abschluß gebracht worden ist. Dies sei auch deshalb notwendig, weil dieser Ausbau naturgemäß auf Kosten der ca. 30 000 der WMV angeschlossenen Bauern habe geschehen müssen, welche als Aktionäre nicht nur keine Dividende erhalten haben, sondern Abzüge vom laufenden Milchgeld zuließen, um die modernen Versorgungseinrichtungen, insbesondere für die Städte, zu finanzieren.

In Zukunft sei es, wie die Verwaltung der WMV ausführte, nun notwendig, auch den letztmöglichen Zehnteilpennig des Milchgeldes an die Bauern zur Auszahlung zu bringen, insbesondere in Württemberg, wo diese durch die Dürre des vergangenen Sommers infolge Rückgangs der Milchleistung ihrer Kühe sowie erheblich geschädigt seien. Anstatt eine Erhöhung ihres Aktienkapitals durchzuführen, gibt die WMV im kommenden Jahre auf den Namen lautende fünfprozentige Teilschuldverschreibungen im Gesamtbetrag von vier Millionen DM aus, um Kapital zu beschaffen bzw. kurzfristig aufgenommene Darlehen zum Ausbau ihrer Einrichtungen zu konsolidieren. Es besteht Aussicht, diese Schuldverschreibungen in Kreisen der Aktionäre unterzubringen.

Die Geschäftswelt hat a. ZL. einmütig gegen die Spesenverordnung des Bundesfinanzministers protestiert. Daß jedes Ding aber seine zwei Seiten hat, beweist die Tatsache, daß zum diesjährigen Weihnachten Teile der Industrie und des Einzelhandels durch Umsatzsteigerung einen bedeutenden Vorteil aus dem Vorgehen des Finanzministers ziehen konnten. Die Einführung jener Spesenverordnung, mit welcher die Bewirtungsspesen von Firmen in Gaststätten auf 10 DM je Gast begrenzt wurden, hat sich so ausgewirkt, daß eine Reihe von Geschenkartikelherstellern beim Besuch großer und kleiner Unternehmen der Industrie und des Handels Geschenkartikel wie Diplomatentaschen, teure Füllfederhalter usw. im Direktgeschäft umsetzen konnten. Diese Geschenkartikel wurden seitens der Firmen ihren Geschäftsfreunden mit herzlichen Weihnachtswünschen übermittelt, da sie diese nicht mehr so aufwendig zu bewirten vermochten, wie es vor der Spesenverordnung der Fall war. Auch der Einzelhandel in Delikatessen,

Wein, Spirituosen usw. vermochte aus dieser Art Weihnachtsgeschenken seinen Vorteil zu ziehen. Und so sind eigentlich nur die Gaststätten die Leidtragenden. Dr. R.

Papst warnt vor den Gefahren der Technik
(Fortsetzung von Seite 1)

neue Güter denen der Vergangenheit anzugliedern weiß.
Wer den Nöten des einzelnen und der Völker Abhilfe schaffen will, dürfe das Heil nicht von einem unpersönlichen System von Menschen und Dingen erwarten, auch wenn es technisch gegenwärtig mächtig entwickelt ist. Jeder Plan und jedes Programm müsse unter dem Grundsatz stehen, daß der Mensch als Hüter, Träger und Förderer der menschlichen Werte über den Dingen, auch über Anwendung des technischen Fortschritts stehen müsse.

Im weiteren befaßt sich die Botschaft mit Versuchen zur Lösung der Probleme der Überbevölkerung durch Geburtenkontrolle und Auswanderung, Lösungen, die der Christenmensch nicht verantworten könne. Aber das menschliche Gewissen leide auch unter anderen Bedrückungen, zum Beispiel dort, wo man den Eltern die Erzieher ihrer Kinder gegen ihre Überzeugung und gegen ihren Willen aufzwinge, oder wo der Zugang zur Arbeit abhängig gemacht werde von der Zugehörigkeit zu bestimmten Parteien und Organisationen. Zweck der gewerkschaftlichen Verbände dürfe nicht sein, daß die Arbeiter immer mehr in die Hand einer anonymen Kollektivität geraten.

Die Botschaft mahnt, daß das Beispiel Jesu heute wie jederzeit eine strenge Verpflichtung für alle sei. „Er ist aber der Herr der Welt und ihrer Ordnung. Wie sein Erlösenerwirken persönlich war, so wollte er den anderen Formen des Elends entgegenzutreten mit seiner tätigen Liebe von Person zu Person.“

Neue arabische Warnung an Frankreich

Kairo (UP). Vertreter von 13 arabischen und asiatischen Staaten kündigten nach einer Diplomatenkonferenz an, daß ihre Regierungen eine Zusammenarbeit mit Frankreich in Zukunft ablehnen müßten, falls die krisenhafte Situation in Nordafrika anhalten sollte. Die Zusammenkunft der Diplomaten von 13 arabischen und asiatischen Staaten sei nur die Vorbereitung einer Konferenz der Regierungschefs dieser Staaten gewesen, auf der weitere Maßnahmen erwogen werden sollen, falls sich die französische Haltung nicht ändere.

Protestwelle gegen Einwanderungsgesetz
Seelente werden in US-Häfen verhört — Heftige Reaktionen in Europa

New York (UP). Das neue Einwanderungs- und Einreise-Gesetz der USA, das die offizielle Bezeichnung „McCarran-Walters-Immigration Act“ trägt und am 24. Dezember in Kraft getreten ist, hat eine bisher in seinem Ausmaß noch nicht völlig zu übersehende Protestwelle ausgelöst.

Truman hatte dieses Gesetz abgelehnt, weil es diskriminierende Bestimmungen enthalte und mit den Zielen der Politik der USA unvereinbar sei. Der Kongreß hat sich jedoch über das Veto des Präsidenten hinweggesetzt. Das Gesetz bestimmt unter anderem, daß sich alle ausländischen Seelente vor Betreten amerikanischen Bodens zur politischen Überprüfung einem Verhör unterziehen müssen.

Großbritannien hat als erster Staat in Washington gegen das Gesetz protestiert. Von französischer Seite sind bereits drei Protestnoten eingelaufen und auch von holländischer und italienischer Seite ist eine solche Note überreicht worden, nachdem die italienische Regierung schon zu Beginn der Woche Washington ein Memorandum in dieser Frage zugeleitet hatte.

Fast 300 Offiziere und Mannschaften des französischen Überseedampfers „Liberte“ (ehemals „Europa“) mußten Weihnachten an Bord feiern, weil sie auf Grund der neuen Bestimmungen nicht an Land gehen können. Die meisten Seelente haben sich geweigert, den US-Vernehmungsbüro über ihre politische Vergangenheit oder die Zugehörigkeit zu kommunistischen oder kommunistisch-beeinflußten Organisationen Rede und Antwort zu stehen.

Die Protestschritte richten sich auch gegen die Behandlung der Bediensteten der ausländischen diplomatischen Missionen in den USA. Nach dem neuen Gesetz müssen die Botschaftsangehörigen entweder von der Einwanderungsquote abgesetzt werden oder vollen diplomatischen Status bekommen oder aber ihren diplomatischen Status aufgeben und auf der Einwanderungsquote verbleiben.

Auch innerhalb der USA selbst wurden scharfe Proteste laut, vor allem von den amerikanischen Gewerkschaften. Viele Demokraten lehnten das Gesetz entschieden ab und der bei den Präsidentschaftswahlen unterlegene demokratische Kandidat Adlai Stevenson hat einen Teil seiner Wahlkampagne auf den Kampf gegen dieses Gesetz aufgebaut. Der führende demokratische Kongreß-Abgeordnete Emmanuel Celler beanstandete an diesem Gesetz vor allem, daß es zwar allen Kommunisten und ehemaligen Kommunisten die Einreise nach USA verwehrt, „Nazis und Faschisten“ jedoch ohne weiteres ins Land ließ. Das Gesetz sei schlecht formuliert und verursache empfindliche rassistische Diskriminierungen.

Der demokratische Senator Pat McCarran aus Nevada, einer der beiden geistigen Väter des Gesetzes, äußerte in einem Interview die Ansicht, daß trotz der vielen Proteste des Auslandes keine Abänderung des Gesetzes notwendig sei. „A ist der erste Buchstabe des Alphabets“, sagte McCarran, „für mich bedeutet das: Amerika kommt zu erst und ist das ist für mich wichtiger als alles, was bisher gegen dieses Gesetz gesagt worden ist.“

Rotarmisten erschossen einen Polizisten

Menschenraub verhindert — Scharfer Protest Carolets — Dengin protestiert zurück

Berlin (UP). Drei sowjetische Soldaten drangen am ersten Weihnachtstag in den französischen Sektor von Berlin ein und erschossen mit mehreren Feuerstößen aus Maschinenpistolen einen Westberliner Polizeibeamten.

Die Sowjetsoldaten hätten versucht, im Westberliner Bezirk Frohnau, 200 Meter von der Zonengrenze entfernt, eine ältere Dame, ein junges Mädchen und einen Mann zu entführen, die sich jedoch in einen Garten retten konnten. Als auf die Hilferufe der drei Menschen zwei Funkwagen der Polizei auftauchten, eröffneten die drei Rotarmisten sofort das Feuer. Mit vier Schüssen aus fünf Meter Entfernung trafen sie den 26jährigen Polizeioberwachmeister Herbert Bauer, einen Vater von zwei Kindern, in den Magen und Bauch. Eine halbe Stunde später erlag der Polizist seinen schweren Verletzungen.

Obwohl die Besatzungen der Polizeifunkwagen mit Pistolenschüssen den Feuerüberfall der Sowjets erwiderten, gelang es den Rotarmisten, sich über die nahe Zonengrenze zurückzuziehen. „Volkspolizisten“ sahen sich von sowjetisch-besetztem Gebiet aus den Vorfall an.

Der Regierende Bürgermeister Ernst Reuter kommentierte den Vorfall mit den Worten: „Das ist eine unvorstellbare Barbarei.“

Der französische Stadtkommandant, General Pierre Carolet forderte in ungewöhnlich scharfer Form von den Sowjetbehörden die Bestrafung der schuldigen Soldaten, die den „widerwärtigen und unentschuldigen“ Mord an dem Berliner Polizeibeamten ausgeführt haben. In seinem Schreiben verlangte Carolet von dem Berliner Beauftragten der sowjetischen Kontrollkommission, die sowjetischen Dienststellen sollten sich deutlich von der Tat distanzieren und den Antritt „öffentlicher Verdammnis“. Die „kriminelle Aktion“ sowjetischer Soldaten in der Weihnachtsnacht, in der alle Bewohner Berlins nur Friedensgedanken und Friedenshoffnungen gehegt hätten, habe die Verurteilung der Öffentlichkeit Berlins, Deutschlands und der ganzen Welt zehunden.

Der Beauftragte der sowjetischen Kontrollkommission für Berlin, S. A. Dengin, hat in seiner Antwort an Carolet Westberliner Polizeibeamte für den Zwischenfall verantwortlich gemacht. Dengin behauptet, eine Gruppe Westberliner Polizeibeamter habe an einer zur Sowjetzone gehörenden Kreuzung einen bewaffneten Überfall auf sowjetische Militärpersonen verübt, die an der Grenze Dienst versehen hätten. Die Polizeibeamten hätten versucht, die sowjetische Militärpatrouille zu umzingeln und sie „unter Androhung von Waffengewalt auf das Gebiet des französischen Sektors von Berlin zu verschleppen“. Bei diesem Versuch hätten die Polizisten ein intensives Feuer auf die Rotarmisten eröffnet. Diese offensichtlich sorgfältig vorbereitete Provokation Westberliner Polizisten sei „nur dank der Tapferkeit und Kaltblütigkeit der sowjetischen Soldaten vereitelt“ worden. Dengin verlangt kategorisch die Bestrafung der Schuldigen, da es nicht das erste Mal sei, daß derartige provokatorische Handlungen der Westberliner Polizei organisiert werden.

Ein französischer Sprecher wies dieses Schreiben Dengins als „verleumderisch“ zurück und kündigte weitere Schritte der französischen Dienststellen an.

Das Hauptquartier der US-Armee in Europa gab bekannt, daß der amerikanische Stadtkommandant in Berlin, Generalmajor Lemuel Mathewson, auf seinem Posten von Generalmajor Thomas S. Timberman abgelöst wird. Timberman war bisher Kommandeur der 1. amerikanischen Infanterie-Division in Westdeutschland. Mathewson wird Kommandeur amerikanischer Truppen und Versorgungseinheiten in Frankreich. Unterrichteten Kreise sahen in dem Kommandowechsel ein Anzeichen für eine gewisse Verfestigung der amerikanischen Politik in Berlin. Generalmajor Timberman sieht auf langjährige Erfahrungen im amerikanischen Generalstab unter General Marshall zurück und diene während des Krieges lange Jahre im Fernen Osten, ihm werden besondere diplomatische Fähigkeiten, wie sie General Clay und dem ehemaligen US-Kommandanten in Berlin, Generalmajor Taylor, eigen waren, nachgesagt.

Churchill reist privat nach den USA

Zusammentreffen mit Eisenhower und Truman vorgesehen

London (UP). Premierminister Winston Churchill wird am 31. Dezember mit dem Luxusdampfer „Queen Mary“ nach den USA reise, um dem Präsidenten Eisenhower und dem scheidenden Präsidenten Truman einen kurzen Besuch abzustatten.

In einem Bulletin heißt es, daß sich der Ministerpräsident für 14 Tage nach Jamaika begeben wird und sich auf dem Wege dahin zwei bis drei Tage in New York als Gast von Bernard Baruch aufhalten wird. Der private Charakter der Reise Winston Churchills wird durch die Tatsache unterstrichen, daß er von keinem Kabinettsmitglied, sondern lediglich von seiner Gattin, seiner Tochter Mary und ihrem Gatten, dem Unterhaushausgeordneten Christopher Seames, begleitet sein wird. Maßgebende Londoner Kreise vermuten, daß Churchill ein Zusammentreffen mit Eisenhower als besonders dringend ansieht, nachdem Stalin in seinem aufsehenerregenden Interview den Weg zu einem Zusammentreffen Stalin — Eisenhower geebnet hat.

In offiziellen Kreisen von Großbritannien wurde das Stalin-Interview mit Skepsis aufgenommen. Es wurde jedoch daran erinnert, daß Premierminister Churchill vor den letzten Wahlen in Großbritannien ein Treffen der Regierungschefs der Sowjetunion, der USA und Großbritanniens guthieß. In der schriftlichen Stellungnahme Stalins an die „New York Times“ wird jedoch der Regierungschef Großbritanniens, das dritte Mitglied der „Großen Drei“ des zweiten Weltkriegs überhaupt nicht erwähnt. In politischen Kreisen Großbritanniens wird daher zu verstehen gegeben, daß ein eventuelles Zusammentreffen Stalins mit Eisenhower ohne Churchill.

Lebenslänglich für Struthofer Ärzte

Die Urteile im Metzger-Mediziner-Prozess Metz (UP). Das französische Militärtribunal verurteilte in dem Prozeß gegen deutsche Ärzte, die im Konzentrationslager Struthof medizinische Versuche an KZ-Häftlingen vorgenommen hatten, die beiden Hauptangeklagten Dr. Otto Eickelbach und Dr. Eugen Haagen zu lebenslänglichem Zuchthaus. Der Staatsanwalt hatte für beide die Todesstrafe beantragt.

Gegen Professor Dr. August Hirt, den ehemaligen Leiter des Anatomischen Instituts der Universität Straßburg, gegen den das Gericht in absentia verhandelte, und einen weiteren Arzt, dessen Namen mit Rühl angegeben wird, verhängte das Gericht die Todesstrafe. Gegen Rühl sowie gegen zwei weitere Ärzte wurde ebenfalls in absentia verhandelt. Den beiden anwesenden Verurteilten wurde Gelegenheit zu einem Schlußwort gegeben, in dem sie beide auf die Kriegsverhältnisse hinwiesen und feststellten, daß sie als Wissenschaftler gehandelt hätten. Bei ihren Versuchen wollten die Ärzte Abwehrstoffe gegen Giftgase und den Typhus erproben. Nach den Aussagen der Zeugen, die die Anklagevertretung benannt hatte, sind mehrere Häftlinge bei den Versuchen gestorben.

Gaullisten suchen Koalitionspartner
Soustelle soll neue Regierung bilden — Nur geringe Chancen

Paris (UP). Jacques Soustelle, der Fraktionsvorsitzende der Sammlungsbewegung General de Gaulles (RPF), hat Sen ihm von

der im Februar oder März des neuen Jahres nach Washington reisen wird, als ein schwerer Schlag gegen das Ansehen Großbritanniens gewertet würde. Ein solches Treffen könne von der Sowjetunion deshalb angestrebt werden, um Spannungen zwischen den USA und Großbritannien zu erzeugen.

Eingeweihte Kreise betonen, daß Churchills Reise in keiner Weise die Pläne ändert, nach denen der Premier im kommenden Februar oder März den USA einen offiziellen Besuch abzustatten wird. Es wird darauf hingewiesen, daß die Vorbereitungen für diesen offiziellen Besuch erst getroffen werden können, wenn Eisenhower in sein Amt eingeführt ist. Es ist jedoch sehr wahrscheinlich, daß sich Eisenhower und Churchill über diesen bevorstehenden offiziellen Besuch unterhalten werden. Außenminister Eden und Schatzkanzler R. A. Butler werden den Premierminister bei diesem kommenden Besuch begleiten.

Weihnachtsbotschaft Elisabeths
Königin Elisabeth von England sagte in ihrer ersten Weihnachtsansprache an das britische Volk und die Völker des Commonwealth: „Ich bitte Sie alle, am Tage meiner Krönung für mich zu beten, daß Gott mir die Weisheit und die Kraft geben möge, die feierlichen Gelübde einzulösen, die ich ablegen werde und daß ich ihm und euch in Treue dienen möge mein Leben lang.“ Die Königin gedachte vor allem ihrer Untertanen, die getrennt von ihren Familien, ihrem Land, in der Fremde dienen und würdige Weihnachten als Familienfest. „Aber wir alle gehören auch zu einer weit größeren Familie, zu dem Commonwealth und Empire, diesem gewaltigen Bund von Nationen.“

Staatspräsident Auriol erteilt Auftrag zur Neubildung der Regierung angenommen.

Soustelle beriet sich bereits mit einigen Parteiführern, um sich in der Nationalversammlung die erforderliche Mehrheit zu sichern. Wie verlautet, hat Soustelle die ausdrückliche Billigung de Gaulles zur Regierungsbildung erhalten. Bisher hatte die RPF stets darauf bestanden, daß der General an der Spitze einer von ihr gebildeten Regierung steht. Auriol hatte Soustelle schon im März vor der Bildung des Kabinetts Pinay ersucht, die Regierungsneubildung zu versuchen, doch erhielt er damals nicht die Zustimmung de Gaulles und der Partei. Seitdem war es innerhalb der RPF zu schwerwiegenden inneren Auseinandersetzungen gekommen, da ein Teil der Abgeordneten sich von der Partei lossagte, um die Regierung Pinay zu unterstützen.

In unterrichteten Kreisen der französischen Hauptstadt berweifelt man, daß es Soustelle jetzt gelingen werde, eine arbeitsfähige Regierung zusammenzustellen. Sollte Soustelle scheitern, ist damit zu rechnen, daß Auriol die katholischen Volkrepublikaner (MRP) ersuchen wird, sich um die Lösung der 17. Nachkriegsregierungsfrage Frankreichs zu bemühen. Die französischen Sozialisten hatten bekanntgegeben, daß sie in der Opposition bleiben und sich nicht an einer neuen Regierung beteiligen wollen.

Die Regierungskrise hat das Wirtschaftsgefüge Frankreichs erneut ernsthaft bedroht. Der Goldpreis auf dem „freien“ Markt, das französische Barometer für das Vertrauen der Bevölkerung in seine Regierung und seine Währungsverhältnisse, hat einen neuen Höchst-

stand erreicht. Die Geschäftsleute entfernten die Anechläge, in denen die Regierung Pinay proklamierte, daß der Franc „gerettet“ werden müsse. Zugleich setzten die Inhaber der Einzelhandelsgeschäfte, befreit von dem Reglerungsdruck zur Einhaltung der Höchstpreise, allenthalben die Preisauszeichnungen herauf. Frankreich scheidet von einer neuen Inflation bedroht zu sein, die möglicherweise eine neuerliche Abwertung des Francs nach sich ziehen kann.

Im Verlauf der Regierungskrise ist auch erneut die Frage einer Reform der französischen Verfassung in die Debatte geworfen worden. Es mehren sich die Stimmen, die eine derartige Reform fordern, jedoch befindet sich dieser Komplex zur Zeit noch im Stadium der Vorbesprechungen. In unterrichteten Kreisen von Paris herrscht die Ansicht vor, daß vor einem solchen einschneidenden Schritt noch einmal ein Versuch mit einer ähnlichen Regierung gemacht werden sollte, wie sie der zurückgetretene Antoine Pinay führte.

23 Tote bei neuem Flugzeugabsturz
Diesmal in Teheran — Neue Unglückserei — 200 Tote in den USA

London (UP). In den Weihnachtsfeiertagen forderten Verkehrsunfälle und Brände eine große Anzahl an Menschenopfern und verursachten hohen Sachschaden. In den USA sind zwischen Weihnachtsabend und Ende des ersten Weihnachtsfeiertages bereits 200 Menschen Opfer von Unfällen verschiedener Art geworden. Allein im Straßenverkehr sind mindestens 171 Personen ums Leben gekommen. Brände, die durch Weihnachtsbäume entstanden, forderten fünf Todesopfer.

23 Menschen kamen bei einem Flugzeugabsturz ums Leben, der sich in Teheran zurug. Der Unfall wurde durch den dichten Nebel verursacht, der über der iranischen Hauptstadt lag.

In Oaxaca (Mexiko) fanden 19 Bergarbeiter bei einem Autobusunglück den Tod. 13 Passagiere des Fahrzeuges wurden schwer verletzt. Das Unglück ereignete sich auf einer steilen und schmalen Fußstraße, von der der Omnibus beim Ausweichen abstürzte.

In der Nähe der brasilianischen Stadt Urubata entgleiste ein Zug einer Kleinbahn. Ein Wagen des Zuges stürzte einen steilen Abhang hinab in einen reißenden Bach. Bisher wurden acht Leichen geborgen.

Durch eine Explosion in einem Fotoladen in Nagoya (Japan) wurde ein Großbrand entfacht, der auf sechs benachbarte Häuser übergieng und acht Menschen das Leben kostete.

Nach einer Mitteilung der US-Luftstreitkräfte war das schwere Flugzeugunfall bei Moses Lake im Staate Washington, bei dem 86 Personen ums Leben kamen, auf eine Unachtsamkeit zurückzuführen. Die Maschine sei mit verkehrten Rudern gestartet. Ein Anfall, die „Globemaster“ aus dem Verkehr zu ziehen, bestehe nicht.

VOM TAGE

Generalfeldmarschall a. D. List ist zu einem kurzen Krankheitsurlaub auf Ehrenwort aus der Haftanstalt Landsberg entlassen worden. Der Gesundheitszustand des 72jährigen Marschalls ist sehr schlecht.

Um 10 Prozent reduziert wurde der neue jugoslawische Verteidigungshaushalt gegenüber dem vorjährigen. Das Verteidigungsbudget 1953 beträgt 180 Milliarden Dinar (rund 2,5 Milliarden DM).

Der UN-Sicherheitsrat forderte Indien und Pakistan in einer Resolution auf, sofort Verhandlungen über die Entmilitarisierung von Kaschmir aufzunehmen.

Der indonesische Kommunistenführer Ho Tschu Minh sei, so besagen in Hanoi kursierende Gerüchte, bei einem französischen Bombenangriff ums Leben gekommen. Das Gerücht konnte nicht bestätigt werden.

Prinz Jean von Luxemburg, der luxemburgische Thronfolger, und Prinzessin Josephine Charlotte, eine Schwester König Baudouins von Belgien, werden am 9. April 1953 in Luxemburg getraut.

Unter Spionageverdacht wurde der Haager Korrespondent der sowjetischen Nachrichtenagentur TASS festgenommen. In der Wohnung des Verhafteten fand die Polizei Geheimdokumente.

10 englandfreundliche Neger der Kolonie Kenya wurden von der Geheimorganisation Mau-Mau getötet.



US-Rakete erreichte 217 km Höhe
Eine aus der deutschen V-2 entwickelte „Viking“-Rakete der US-Flotte stellte den Höhenrekord für Einphasenraketen von 217 km auf dem Versuchsgelände von White Sands in New Mexiko ein. Die siebenetthalb Tonnen schwere und 12 m lange Rakete erreichte eine Geschwindigkeit von 6 276 km/Std.

Umschau in Karlsruhe

Karlsruher älteste Bürgerin 97 Jahre alt
Karlsruhe (sw). Karlsruher älteste Bürgerin, Frau Amalie Hausenstein, hat am Freitag ihren 97. Geburtstag gefeiert.

Karlsruhe. Die Evangelische Akademie Baden veranstaltet vom 2. bis zum 8. Januar in Freiburg eine Lehrertagung über das Thema „Die Freiheit der Schule in Staat und Gesellschaft“.

Aus der badischen Heimat

Gewinnbeteiligung für Arbeitnehmer
Mannheim (sw). Die Gummi- und Astbestwaren-Fabrik F. J. Schöps in Mannheim-Friedrichsfeld will ihre Arbeiter und Angestellten vom 1. Januar 1954 an mit 33 1/2 Prozent am Reingewinn des Unternehmens beteiligen.

Mannheim. Die Mannheimer Malerin Ursula Ludwig-Krebs ist zusammen mit der Stuttgarter Malerin Ida Kerkovius von der Leitung des Museums in Oberhausen/Rheinland zu einer Kollektivausstellung eingeladen worden.

Mannheim. In einem Mannheimer Großkaufhaus fiel einem Taschendieb ein Geldbeutel mit 1300 Mark in die Hände. Die Bestohlene, eine Frau aus Mannheim-Friedrichsfeld hatte das Geld kurz zuvor von der Bank geholt, um Rechnungen zu bezahlen und Weihnachtseinkäufe zu machen.

Nachbarpegel wieder normal
Heidelberg (sw). Der Wasserstand des Neckars ist im Laufe des ersten Weihnachtstages beträchtlich zurückgegangen, so daß die Schifffahrt, die Ende der vergangenen Woche wegen Hochwassers eingestellt werden mußte, wieder aufgenommen werden kann.

Erfolgreiche Aktion „Weihnachtsfreude“
Heidelberg (sw). Die Aktion „Weihnachtsfreude“ der beiden badischen Sendestellen des Süddeutschen Rundfunks, Studio Karlsruhe und Sendestelle Heidelberg-Mannheim, hat in diesem Jahr den Erfolg des Vorjahres noch übertroffen.

„Gesellschaft für christlichen Aufbau“
Heidelberg (sw). Auf Anregung von Dr. Max Ilgner, dem Begründer der Flüchtlingsiedlung Espelkamp in Westfalen, ist dieser Tage in Heidelberg eine „Internationale Gesellschaft für christlichen Aufbau, Gemeinnützige Gesellschaft mbH.“ gegründet worden.

Von der Weihnachtsfeier in den Tod
Weinheim (sw). In der Nacht zum zweiten Weihnachtstags verunglückte ein 20-jähriger aus Birkenau in der Nähe von Trübel bei Weinheim mit seinem Motorrad tödlich.

der Kurve getragen und stieß an einen Randstein. Er war auf der Stelle tot. Das Motorrad hatte er geliehen.

Kraftfahrer erhängte sich nach Unfall
Bruchsal (sw). Ein 19-jähriger Lastwagenfahrer aus Menzingen bei Bruchsal hat sich im Wald an der Autobahn bei Langen zwischen Darmstadt und Frankfurt mit seinem Schal an einem Baum erhängt.

Schülerständchen im Stadtratssaal
Wichtige Kleinbahn in Geldschwierigkeiten
Pforzheim (sw). Als Dank für die Erstellung des zweiten Pavillons der Pforzheimer Buckenbergschule hatten die Schüler dieser Volksschule zu einer Stadtratssitzung jedem Stadtrat einen zu einem Weihnachtsmann verarbeiteten Apfel, dem Oberbürgermeister, dem Bürgermeister und dem Beigeordneten sogar einen Engel auf den Platz gelegt.

Keine Störungen durch spanische Stationen
Baden-Baden (sw). Durch das Entgegenkommen der Generaldirektion des spanischen Rundfunks ist es, wie die Pressestelle des Südwestfunks mitteilt, gelungen, die bisher von spanischen Sendern verursachten Störungen der Südwestfunksender Bad Dürkheim, Ravensburg, Reutlingen und Wolfshausen zu beseitigen.

Stuttgart (sw). „Das vergangene Jahr erfüllte uns Heimatvertriebenen in Baden-Württemberg zwar nicht alle Hoffnungen, es brachte uns jedoch auf unserem Wege zu wirklicher Gleichberechtigung ein gut Stück vorwärts.“

„Auf dem Weg zur Gleichberechtigung“

Fiedler: Nicht alle Hoffnungen erfüllt

Stuttgart (sw). „Das vergangene Jahr erfüllte uns Heimatvertriebenen in Baden-Württemberg zwar nicht alle Hoffnungen, es brachte uns jedoch auf unserem Wege zu wirklicher Gleichberechtigung ein gut Stück vorwärts.“

Dr. Pfeleiderer Leiter der Landeszentralbank
Stuttgart (sw). Dr. Otto Pfeleiderer ist von der Landesregierung zum Präsidenten der neuen Landeszentralbank von Baden-Württemberg ernannt worden.

San Sebastian technische Veränderungen vorgenommen, so daß jetzt ein einwandfreier Empfang der Südwestfunksender gesichert ist.

Baden-Baden. Der Baden-Badener Stadtrat hat dem Bau einer Großgarage zugestimmt, die 250 Wagen fassen soll.

Freiburger Ausreißer ausgeliefert
Lörrach (sw). Die beiden Sträflinge Max Kaltenbach und Heinrich Kriegleder, die Ende November aus dem Landesgefängnis Freiburg entwichen waren und nach ihrer Flucht in die Schweiz vier Tage später in Basel verhaftet wurden, sind von der Schweizer Polizei an der Grenze bei Lörrach den deutschen Behörden ausgeliefert worden.

Aus den Nachbarländern

Knabe gewann Prozeß gegen Stadt Ulm
Wegen Ansteckung mit Kinderlähmung
Ulm (sw). Das Landgericht Ulm hat eine Klage des vor kurzem 10 Jahre alt gewordenen Peter Mölle gegen die Ulmer Stadtverwaltung stattgegeben.

Möckel bestellt. Das Amt des Vorsitzenden des Verwaltungsrates wurde dem Oberbürgermeister der Stadt Pforzheim, Dr. Johann Peter Brandenburg, übertragen.

CDU zur Gemeindeordnung

Karlsruhe (sw). Die Kommunalpolitische Vereinigung der nordbadischen CDU hat sich dieser Tage bei einer internen Besprechung von Fragen der Neuordnung des Gemeindefortschritts in Karlsruhe für die Wiedereinführung von Bürgerausschüssen im Sinne der alten badischen Gemeindeordnung an Stelle des derzeitigen Einkammersystems ausgesprochen.

Karlsruhe (sw). Die Kommunalpolitische Vereinigung der nordbadischen CDU hat sich dieser Tage bei einer internen Besprechung von Fragen der Neuordnung des Gemeindefortschritts in Karlsruhe für die Wiedereinführung von Bürgerausschüssen im Sinne der alten badischen Gemeindeordnung an Stelle des derzeitigen Einkammersystems ausgesprochen.

Die Höhe des Schadenersatzes sowie des Schmerzensgeldes wurde noch nicht festgelegt.

Während der Verhandlung der Klage am 26. November hatte der Vorsitzende der Ersten Zivilkammer des Landgerichts auf ein Sachverständigengutachten hingewiesen, nach dem in der zuständigen Abteilung des Ulmer Krankenhauses in der fraglichen Zeit „ganz erhebliche Mängel“ geherrscht hätten.

Vater von acht Kindern verunglückt
Geislingen/Steige (sw). Am Heiligen Abend wurde auf dem Bahngleis zwischen Bad Überkingen und Geislingen-Altenstadt ein verheirateter Mann aus Geislingen-Altenstadt tot aufgefunden.

Kandel (lrp). Eine 64-jährige Flüchtlingsfrau aus Hayna bei Kandel ist auf dem Heimweg von Kandel von einem Besatzungsangehörigen überfallen und verletzt worden.

Soldat überfiel Flüchtlingsfrau
Kandel (lrp). Eine 64-jährige Flüchtlingsfrau aus Hayna bei Kandel ist auf dem Heimweg von Kandel von einem Besatzungsangehörigen überfallen und verletzt worden.



Als ältester Bürger Deutschlands.
feiert am Sonntag in dem 1100 Einwohner zählenden hezzischen Dorf Eidsgezäß bei Geinhausen Karl Glöckler seinen 107. Geburtstag.

Die regelmäßigen Fernsehsendungen des Nordwestdeutschen Rundfunks wurden am ersten Weihnachtstags aufgenommen.

413 000 Dollar haben nach einer Mitteilung von Generalleutnant Eddy Soldaten und Angestellte der US-Streitkräfte für bedürftige Deutsche zu Weihnachten gespendet.

Zwei mal CORNELIA

ROMAN VON JO BRENDÉL
Copyright by Dr. Paul Herrens, Tübingen durch Verlag v. Graberg & Götz, Wiesbaden

(29. Fortsetzung)
„Gut!“ gibt der Yankee zu. „Haben Sie vollkommen recht. Ich werde erheben die Summe. Werde Ihnen geben für Option dreißigttausend. Ist das okay?“

Händen eines Hochstaplers namens Tessano befinden.
„Zweiter Platz für meine Frau, darling!“ meint Mac Cormick hartnäckig. „Kommen Sie, stoßen wir an auf, wie sagt man in Germany? Auf glückliche Ehe! Kirsch oder Cointreau?“

Korkt eine neue Flasche auf. Lächelt selig, als gleich darauf der Skimeister, noch im Overall und weiten Skihosen, bei ihm eintritt.
„Mac Cormick!“ sagt Heglund und läßt sich in einen Sessel fallen. „Ich muß Sie um eine Auskunft bitten. Kennen Sie eine Cornelia Lucas?“

wahrscheinliche Angebot. „Ihr Wohl, Mac Cormick!“
Soll der Yankee in Gottesnamen das Preisgeld mit über den Ozean nehmen! Wird sie schon wieder loswerden, wenn er erst merkt, wen er sich da gesangelt hat...

REPUBLIK PANAMA

Land zwischen Atlantik und Pazifik

Panama gehört nicht nur zu den kleinsten Staaten der Welt, sondern auch zu den wichtigsten. Durch dieses Land zieht sich der Kanal, dessen strategische Wichtigkeit unmöglich überschätzt werden kann. Nur diesem Kanal verdankt es Panama, daß es heute eine selbständige Nation ist.

Bis 1903 gehörte es zu Kolumbien. Der amerikanischen Unterstützung und Anerkennung gewillt, revoltierte es und wurde frei. Ein Jahr später schloß es mit den USA einen Vertrag, der dem mächtigen nördlichen Nachbarn das Recht zusicherte, den Kanal, den der berühmte Franzose de Lesseps angefangen hatte, zu vollenden.

15 km breit ist die Zone, die unter amerikanischer Verwaltung steht und die das Land in zwei Teile trennt. Die Regierung von Panama versucht seit Jahrzehnten, die USA zur Aufgabe ihrer Vorrechte zu bewegen, allerdings ohne großen Erfolg.

Der Verbindungsweg zwischen den beiden Weltmeeren ist zu bedeutend, als daß man ihn diesem Lande, dessen politisches Geschehen sich an Bewegtheit kaum von dem der übrigen mittel- und südamerikanischen Staaten unterscheidet, anvertraut.

Die Strategen im Pentagon sind sich klar darüber, daß ein dritter Weltkrieg alle Teile der Erde, auch die entlegensten, in Mitleidenschaft ziehen würde. Keiner könnte sagen, wo die entscheidenden Schlachten geschlagen werden würden. Eines aber weiß man sicher, sollte der Kanal ausfallen, sei es durch Sabotage oder Bombenangriffe, Amerikas Wirtschaft und auch seine Siegesaussichten würden eine kaum wiedergutmachende Schlappe erleiden.

So wird die Verteidigung des Kanals dem jeweils modernsten Stand der Kriegstechnik angepaßt. Ein Radargürtel soll die Flugabwehr vor dem Herannahen feindlicher Bomber oder ferngesteuerter Raketen warnen. Die U-Boot-Abwehr wird laufend verstärkt. Jeder, der die Zone betritt, wird sorgfältig geprüft, um das Eindringen von Agenten zu verhindern.

Nicht nur wegen des Kanals kommt Panama eine so große Bedeutung zu. Das Land ist auch die Brücke zwischen Nord- und Südamerika. Über den schmalen Isthmus läuft die Autostraße des Pan American High Way, der eines Tages von Mexico bis zur

südlichsten Spitze Argentiniens reichen soll. Nur noch drei Teilstrecken, keine länger als 300 km, fehlen. Zwei davon geben ihrer Vollendung entgegen. Die letzte aber ist das Sorgenkind der Ingenieure. Sie beginnt etwa 100 km östlich von Panamas Hauptstadt, bei Chepo, und endet an der kolumbianischen Grenze.

Hier stehen die Straßenbauer vor einem Problem, an dessen Lösung sie sich bisher noch nicht herangewagt haben. Sie konnten sich noch nicht einmal einig werden, wo sie die Autostraße verlegen sollen, da diese durch das Sumpfgelände des Atrato-Flusses führen müßte. Diese Gegend ist mit dichtem tropischem Urwald bedeckt und kaum erforscht. Die Planer schütteln traurig ihre Köpfe. Es ist unmöglich, hier eine Straße zu bauen, sagen sie, und doch wird es ohne das Reststück niemals eine Verbindung zwischen beiden Teilen des Kontinentes geben.

Bis heute muß jeder Autofahrer wegen der fehlenden 300 km einen Umweg bis zu 3000 Kilometer machen.

Gegenwärtig werden die für Jahrzehnte in den Aktenschränken verstaubten Vorschläge wieder hervorgeholt. Es muß eine Möglichkeit geben, die Straße zu vollenden, sagen die maßgeblichen Behörden. Ganz Südamerika, aber auch die USA, würden davon profitieren.

Das ist das seltsame Schicksal Panamas, der durch sein Gebiet laufende Kanal verbindet die Weltmeere; die durch das Land laufende Autobahn ist unterbrochen und trennt die beiden Teile des amerikanischen Kontinentes.

Ein merkwürdiger Gegensatz; aber er ist nicht der einzige. Der Boden des Landes ist überaus fruchtbar, doch niemand macht sich die Mühe, ihn zu bearbeiten — außer einigen amerikanischen Firmen, die hier Plantagen für Südfrüchte angelegt haben.

Die Bewohner stellen eines der größten Rassengemische dar, das man sich überhaupt vorstellen kann. In der Landesmetropole und in Colon am nördlichen Ausgang des Kanals — beide reichen in die Kanalzone hinein, gehören aber zur Republik — pulsiert internationales Leben. Verläßt man jedoch die Großstädte, so kommt man in ein Gebiet des tropischen Urwaldes, wo die Eingeborenen noch so leben wie vor Hunderten von Jahren.



91,5 METER BREIT UND 13,7 METER TIEF

ist der Panamakanal. Die Wegverkürzung durch diese Wasserstraße, die die schmale Landenge zwischen Kolumbien und Costarica durchsticht, ist bedeutend. Sie beträgt z. B. auf der Strecke zwischen Hamburg und San Francisco 40 Prozent, zwischen New York und der gleichen Stadt 60 Prozent.

Hier prunkvolle Paläste - da ärmliche Holzhütten

Eine Hauptstadt voller Kontraste

Panama, die Hauptstadt des gleichnamigen Landes, auf der Brücke zwischen dem nord- und südamerikanischen Kontinent, erinnert an einen spanischen Mittelmeerhafen, wie z. B. Malaga, und das nicht nur wegen der prächtigen Barockfassaden seiner Kirchen oder den baumgeschmückten Plätzen — die findet man auch in anderen Städten der Neuen Welt. Was dem Besucher immer wieder auffällt, ihn in den Bann zieht, sind gewundene Alleen, die in versteckte Plazas mit alten Häusern münden, gerade da, wo man sie nicht vermuten würde.

Die ganze Stadt ist im Gegensatz zu den übrigen spanischen Kolonialniederlassungen in Amerika, die sich durch die schachbrettartige Anordnung der Straßen auszeichnen, völlig unregelmäßig angelegt.

Lange bevor der Kanal erbaut wurde, war Panama bereits bekannt. Columbus hatte das Land auf seiner vierten Reise entdeckt. Balboa, der Gouverneur der neuen Kolonie der spanischen Krone, stieß als erster bis zum Pazifischen Ozean vor, und die damals noch kleine Ortschaft gewann bald zunehmende Bedeutung. Von hier aus kolonisierte Spanien die Westküste Amerikas. Riesige Gold-, Silber- und Juwelenerschätze wurden aus dem Süden hierher gebracht. Man lud sie auf Esel und transportierte sie nach Porto Pello, wo sie für die Heimreise nach

Europa in dachhändige Galeonen umgeladen wurden.

Die unermesslichen durch Panama geschleusten Reichtümer zogen Seeräuber an, wie Honig die Bienen. Sir Henry Morgan, einer der berühmtesten Piraten der damaligen Zeit, konnte der Versuchung nicht widerstehen. Mit seinen Despardos griff er die Stadt von Norden an, eroberte, plünderte und verbrannte sie. Noch heute kann man die Ruinen außerhalb der neuen Stadt sehen.

Und doch würde die Metropole des Landes ohne den Kanal ein völlig anderes Gesicht haben. Die Geschichte des berühmten Wasserweges ist oft genug erzählt worden. 1881, etwa 400 Jahre, nachdem die Spanier bereits einen Plan für den Bau eines Kanals ausgearbeitet hatten, der aber vom damaligen König wegen der zu hohen Kosten abgelehnt worden war, begannen die Franzosen mit den ersten Arbeiten.

In der Stadt selbst entstanden zahlreiche im französischen Stil erbaute Paläste, die sehr zu deren eigentümlichen Reiz beitragen. Damals kamen auch viele Arbeiter aus aller Welt nach Panama. Ihre Nachkommen geben der Stadt ein kosmopolitisches Gepräge. Da sieht man Italiener, Chinesen, Franzosen, Neger aus Jamaika, Indianer und natürlich auch Eingeborene aus Panama, die aber selbst ein Rassengemisch darstellen.

Man braucht nur die Hauptstraßen zu verlassen und in Richtung der Kanalzone zu wandern, um Panama von seiner unangenehmsten Seite kennenzulernen. Holzhütten mit großen Vorplätzen säumen da die schlechtpflasterten Gassen. Negerkinder schauen neugierig durch halbverfallene Bretterlücken, durch enge Türen gelangt man in dunkle Höle, wo zum Trocknen aufgehängte Wäsche den Blick zum Himmel versperrt. In lichtarmen Räumen türmen sich aus alten Klöten und Blechkanistern gefertigte Einrichtungsgegenstände aller Art.

Das ist das andere Panama, das Erbe des Kanals, die Welt eines Stromes von Menschen aus allen Teilen der Erde, die hierherkamen, um den Kanal, den wichtigsten Wasserweg der Welt, bauen zu helfen. Tausende von ihren Vorfahren säumen ihn in unge-

schmückten Gräbern, starben am Gelbfieber, wurden vergessen.

Die meerverbindende Lebensader, eine Großtat der Ingenieure, ist fertig, sauber und modern. Sie aber, die Kinder und Enkel ihrer, die die härteste Arbeit verrichteten, leben in ärmlichen Hütten.

Geht man noch etwas weiter, dann gelangt man auf einen Platz, auf dessen Mitte ein Fahnenmast mit den Farben von Panama in den Himmel ragt. Hier ist die Grenze, beginnt eine andere Welt, die der Kanalzone.

Man blickt hinüber auf die andere Seite, wo die Straßen breit und asphaltiert sind. Zahlreiche Kirchtürme überragen das Meer moderner Häuser. Eine Treppentreppe führt zum majestätischen Gebäude der Kanalverwaltung über dem das Sternenbanner weht.

Das ist Amerika. Reich fortschrittlich und rationell. Die Eingeborenen der Stadt, die in einer Enklave in die Kanalzone hineingekommen, schauen oft voller Sehnsucht hinüber auf die andere Seite, wo das Leben so angenehm ist.

430 000 Dollar Miete für die Kanalzone

Spannungen mit den USA

„Glauben Sie, daß ein Krieg kommt?“ Diese Frage wird in Panama oft an ausländische Touristen gestellt. Die meisten der so Befragten sagen, sie hätten sich den Eindruck nicht erwehren können, daß der Auskunftsuchende nur allzu gern ein „Ja“ als Antwort gebührt hätte.

Das bedeutet nicht etwa, daß die Bewohner Panamas militärisch seien, oder gar den Krieg verberrlichen; sie wissen lediglich aus der Vergangenheit, daß es ihnen niemals besser gegangen ist als während der beiden Weltkriege. Das Gold ist damals in Strömen geflossen. Zehntausende amerikanischer Soldaten in der Kanalzone hatten ihren Wehrsold einschließlich der zahlreichen Zulagen in Vergütungen und Souvenirs angelegt.

Heute sind nur insgesamt 500 GJ's in den riesigen Kasernenkomplexen der Kanalzone, die ein Vielfaches fassen könnten, untergebracht, und die halten ihr Geld zusammen und sparen für die Zukunft.

So sitzen die Gastwirte hinter ihren Theken, stehen die Besitzer der Andenkenläden hinter ihren Ladentischen und trauern der Vergangenheit nach. „Hätten wir nur den Amerikanern alle ihre Stützpunkte gelassen“, lamentieren sie, aber nun ist es zu spät.

Voll nationaler Begeisterung hatten sie vor einigen Jahren den Abzug der Amerikaner gefordert. Sie hatten zwar selbst nicht geglaubt, daß die „Yanquis“ diesem Wunsch nachkommen würden, sie hatten es auch gar nicht so ernst gemeint, sondern vielmehr gehofft. Washington würde mehr Miete für die Stützpunkte zahlen.

Als die Amerikaner dann dem Begehren der Regierung und des Volkes von Panama nachkamen, war die Enttäuschung groß. Das ganze Wirtschaftsleben des kleinen Landes geriet aus den Fugen. Eine Krise folgte der anderen.

Panama nahm unter den Staaten Mittel- und Südamerikas schon immer eine Sonderstellung ein. Der Wert seiner Importe ist fast 20 mal so groß, wie der seiner Exporte, doch gleichen die Einnahmen aus den amerikanischen Mietzahlungen für den Kanal und die

übrigen Stützpunkte das Defizit in der Wirtschaftsbilanz des Landes aus.

Heute sind die USA nur noch im Besitz der Kanalzone, für die sie eine jährliche Miete von 430 000 Dollar zahlen. Das aber ist ein Tropfen auf den heißen Stein.

Um ein wirtschaftliches Chaos zu verhindern, müßte Panama die Lebensmittelherzeugung steigern und die Industrialisierung vorantreiben, aber alle vorgeschlagenen Maßnahmen kommen kaum über das Planungsstadium hinaus. Die Korruption treibt Blüten, selbst hohe Beamte füllen ihre Taschen so gut sie können, um einmal, wenn die Regierung gestürzt wird — was hier recht oft der Fall ist — für die Zukunft versorgt zu sein.

In Panama wird oft versucht, die Amerikaner für manche der Uebelstände verantwortlich zu machen. Ein Teil der erhobenen Vorwürfe erscheint berechtigt, wenn auch von einer Schuld im eigentlichen Sinne kaum die Rede sein kann.

Einer der Hauptgründe der Spannungen, die heute zwischen Panama und den USA bestehen, hat einen seltsamen Ursprung.

Als die Amerikaner nach dem Panamaskandal im Jahre 1903 die Fertigstellung des Kanals übernahmen, stellten sie — gleich den Franzosen vor ihnen — zahlreiche einheimische und eingewanderte Arbeiter und Angestellte ein. Diese wurden mit Silbergeld bezahlt. Die amerikanischen Ingenieure und Verwaltungsbeamten erhielten ihre Gehälter in Gold. Diese Tatsache schied bald die beiden Gruppen gesellschaftlich voneinander. Im Laufe der Zeit vergrößerte sich die Kluft; es entstanden die Begriffe der „Silbermänner“ und der „Goldmänner“.

Panama ist ein von der Natur bevorzugtes Land; es könnte bei planungsvoller Annäherung des Bodens Lebensmittel im Überfluß produzieren, wenn nicht die Meinung vorherrschend wäre, der Kanal sollte soviel Geld einbringen, daß das ganze Land davon leben kann, ohne daß man auch arbeiten müßte.



WO DER PANAMAKANAL MÜNDET

Einheiten der US-Marine im Hafen von Balboa, wo der 80,5 Kilometer lange Kanal in den Pazifischen Ozean mündet. Die Stadt wurde im Jahre 1519 gegründet und nach dem Spanier Balboa benannt, der 1513 die Landenge von Panama entdeckte.